Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 341. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 24. Juli **1906.**

Die Saale-ZEITUNG

erscheint täglich in zwei Ausgaben als Morgenblatt und Abendblatt, zum Preise von 5,25 M. pro Vierteljahr und 1,09 M. für jeden Monat bei Postbezug. Sie ist eine der ältesten und angesehensten Zeitungen Mitteldeutschlands, die über einen reichhaltigen Handelsteil verfügt und die Ziehungslisten d. Preuß. Lotterie veröffentlicht.

Mit ihren Beiblättern Tägliches Unterhaltungsblatt Blätter fürs Haus Verlosungsliste ist die „Saale-Zeitung" eine große und reichhaltige, dabei aber doch billige Zeitung, die in der Vorzüglichkeit ihrer Quellen und Gediegenheit ihres Inhalts von keinem anderen Blatte Mitteldeutschlands übertroffen wird.

Wer rasch und gut unterrichtet sein will, wer eine gewissenhafte reichhaltige Tageszeitung großen Stils zu lesen liebt, welche die neuesten Nachrichten gleichzeitig mit den Berliner Blättern und bereits in der Abendausgabe die ausführlichen Kurs-Berichte der Berliner und Leipziger Börse bringt, wer ein Blatt vornehmen Charakters zu halten wünscht, der

bestelle beim nächsten Postamt die Saale-Zeitung.

Neuhinzutretende Abonnenten erhalten die bisher erschienenen Nummern des großzügiven neuen Romans von O. Elster

Die Spionin

kostenfrei nachgeliefert.

Probenummern kostenlos und franko durch die Expedition: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.

Lehren für den Liberalismus.

Die letzten Ersatzwahlen, an denen der Liberalismus beteiligt war, enthalten in ihren Ergebnissen so manche Lehre für den wahren, entschiedenen Liberalismus und den in Gänsefüßchen. Eine Tatsache, an der sich nicht rütteln läßt, ist, daß der Liberalismus der Nationalliberalen bei diesen Wahlen die schwersten Nackenschläge und Schlappen erhalten hat. Unverkennbar war es schon, daß sich in den letzten Jahren die nationalliberale Wählerschaft mehr und mehr von ihrer parlamentarischen Vertretung abwandte, und die letzten Steuerbeldentaten der nationalliberalen Reichstagsfraktion haben dazu beigetragen, diese im Entstehen begriffene Kluft nur noch breiter und tiefer zu gestalten. Das haben besonders die letzten drei Wahlen in Altena-Iserlohn, Hagen-Schwelm und Rinteln-Hofgeismar aufs unzweideutigste erwiesen. In allen drei Kreisen hegten die Nationalliberalen die allergrößten Hoffnungen auf Erfolg und Sieg; aber nur allerkläglichste Niederlage war ihnen beschieden. Bei allen drei Wahlen zeigte sich ein gewaltiger Rückgang der nationalliberalen Stimmen, der zu den selbstbewußten, großen Worten der führenden nationalliberalen Organe im schärfsten Gegensatz steht. Schon in Darmstadt betrug der Stimmenverlust der Nationalliberalen über tausend, obwohl sich Zentrum, Bund der Landwirte und Antisemiten auf den nationalliberalen Kandidaten vereinigten. In Rinteln-Hofgeismar, wo sie denselben Kandidaten wie 1903 aufgestellt hatten, von dessen Popularität sie sich außerordentlich viel versprachen, hofften sie bestimmt, wie noch der „Hannov. Cour." unmittelbar vor dem Wahltage schrieb, ihren Kandidaten mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu bringen. Und das Resultat? Die Stimmenzahl für den nationalliberalen Dr. Rocke-Hannover, für den mit gewaltiger Kraft und riesigen Mitteln gearbeitet worden war, blieb ganz bedeutend hinter der zurück, die er im Jahre 1903 erzielt hatte. Vielleicht dienen diese schweren Niederlagen der letzten Wahlen dazu, die nationalliberale Reichstagsfraktion zu der Einsicht zu bringen, daß sie mit ihrer reaktionären, agrarischen, volksfeindlichen, regierungsliebedienerischen Politik auf dem Holzwege ist, und daß angesichts solcher Taten wie im letzten Winter — im Reiche sowohl wie in Preußen — für wirklich freiheitlich gesinnte Männer und Wähler ein Paktieren mit solchem „Liberalismus" überhaupt unmöglich ist.

Gegenüber diesen Schlappen des „Auch-Liberalismus" verdient hervorgehoben zu werden, daß der entschiedene Liberalismus bei allen Nachwahlen der letzten Zeit, mit einer Ausnahme, eine ständige erfreuliche Zunahme an Wählerstimmen zu verzeichnen hatte. Selbst Iserlohn, wo der freisinnige Kandidat, Oberlandesgerichtsrat Müller, ca. 50 Stimmen weniger wie Lenzmann erhielt, kann nicht als Gegenbeweis ins Feld geführt werden, denn Lenzmann, der im Kreise ansässig war, war der denkbar populärste Kandidat, während Oberlandesgerichtsrat Müller ein ganz neuer unbekannter Mann war, der noch dazu infolge seiner beruflichen Tätigkeit im ganzen Wahlkampfe nur in sieben öffentlichen Versammlungen auftreten konnte, während seine Gegenkandidaten dreißig bis vierzig Mal gesprochen haben. Wenn auch bei diesen Nachwahlen, die wir im Auge haben, nur ein Kreis neu erobert wurde (Jerichow mit Merien), und einer (Altena) verloren ging, ein Mandatsgewinn für den entschiedenen Liberalismus dabei also nicht erzielt wurde, so weiß jeder Einsichtige, von welchen Zufälligkeiten bei der heutigen Parteizersplitterung oftmals die Gewinnung eines Mandates abhängt. Entscheidend für die Beurteilung der Parteientwicklung ist die Stimmenzahl, und da steht als erfreuliche Tatsache fest, daß der entschiedene Liberalismus in allen Nachwahlen — mit der erklärlichen Ausnahme von Iserlohn — an Stimmenzahl bedeutend zugenommen hat.

Es wird Aufgabe der entschieden liberalen Parteigruppen sein, diesen Entwickelungsgang durch intensive Aufklärungsarbeit bis zu realen Erfolgen zu fördern. Bei den Nationalliberalen sieht man, wohin das Liebäugeln und Paktieren nach rechts führt: zum Niedergang. Diese Mißerfolge und die eigenen Erfolge sollten den entschieden Liberalen als Lehre und Richtschnur dienen. □

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der erbliche Adelsstand wurde verliehen den Gebrüdern Kommerzienrat und Präsident der Handelskammer in Frankfurt a. M. Samuel Philipp Richard Passavant, ferner dem Kaufmann in New York Georg Oskar Passavant und dem Kaufmann in Frankfurt a. M. Gustav Hermann Passavant. Letzterer ist Leutnant der Reserve des Großherz. Hess. Dragoner-Regiments (Garde-Dragoner Nr. 23).

Doch ein Amnestieerlaß?

Die „Rhein.-Westf. Ztg." schreibt: „Gegenüber den verschiedenen Stimmen, die es als gewiß bezeichnen, daß eine Amnestie aus Anlaß der Geburt des ersten kaiserlichen Enkels nicht zu erwarten ist, können wir unsere frühere Meldung aufrecht erhalten. Der betreffende kaiserliche Erlaß wird nach der Rückkehr des Monarchen von seiner Nordlandfahrt erfolgen, und zwar wahrscheinlich am Tauftage des kleinen Prinzen."

Die Wahl in Hagen-Schwelm.

Mit der Haltung in der Stichwahl in Hagen-Schwelm haben sich am Sonntag in Hagen die Vertrauensmänner der Nationalliberalen, des Zentrums und der Christlich-Sozialen beschäftigt. Die Vertrauensmänner der Nationalliberalen beschlossen, ihre Freunde zum Eintreten für Cuno aufzufordern, die Christlich-Sozialen fordern auf, unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie zu stimmen, die Vertrauensmänner des Zentrums wollen den Wählern freistellen, sich an der Wahl zu beteiligen, machen es ihnen aber zur Pflicht, nicht für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Unfälle im öffentlichen Dienste.

Zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf Unfälle, die sich im — bisher nicht versicherten — öffentlichen Dienste ereignen, werden zur Zeit im Reichsamt des Innern gesetzgeberische Maßnahmen vorbereitet. Es handelt sich zunächst darum, staatlichen und kommunalen Polizeibeamten, Grenzbeamten, Vollziehungs- und anderen Beamten, die durch ihren Dienst besonderen Gefahren ausgesetzt sind, bei den aus solchen Gefahren erwachsenden Unfällen eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Weiter aber werden in die Versicherung einzubeziehen sein Nichtbeamte, die zur Unterstützung jener Beamten tätig sind, und überhaupt Personen, die bei gemeiner Not oder Gefahr, sei es auf polizeiliche Aufforderung, sei es unter Umständen, die ein Eingreifen ohne polizeiliche Aufforderung rechtfertigen, Hilfe leisten. Damit wird namentlich auch einem berechtigten Wunsche der freiwilligen Feuerwehren entsprochen. Die gesetzgeberische Ausgestaltung der geplanten Versicherung bietet allerdings in mehrfacher Hinsicht erhebliche Schwierigkeiten, so in bezug auf die Abgrenzung des Personenkreises der im öffentlichen Dienste Tätigen, die nähere Bestimmung des Gefahrenkreises, den Ansatz des für die Entschädigung maßgebenden Einkommens bei nichtberuflichen Helfern, die Schaffung geeigneter Träger der Versicherung und die Art der Aufbringung der Lasten seitens dieser Träger. Es besteht jedoch, offiziöser Versicherung zufolge, die Hoffnung, daß die in der Sache liegenden Schwierigkeiten in dem in Aussicht genommenen Reichsgesetz eine angemessene Lösung finden werden. Der Landesgesetzgebung würde dabei — ähnlich wie auf dem Gebiete der Fürsorge für Beamte bei Betriebsunfällen —

Feuilleton.

[Nachdruck verboten].

Berliner Plauderei.

In diesen Tagen ist eine Institution ins Leben getreten, auf die man das viel mißbrauchte Wort anwenden kann, daß sie einem Bedürfnis entspricht. Gelbe Plakate an den öffentlichen Anschlagsäulen verkünden: „Einregnen eine Sage! Denn Sie erhalten an sechzig verschiedenen Stellen für 10 Pfennige leihweise einen Regenschirm, der auf Wunsch aus Ihrer Wohnung abgeholt wird." Daß diese Filialen sich durchweg nur im Westen der Stadt befinden, läßt entweder auf eine stärkere Vergeßlichkeit der Bewohner jener vornehmen Viertel schließen oder auf ein geringeres Vertrauen des neuen Regenschirm-Verleih-Instituts in die Kapitalkraft der Mitbürger der östlichen Gegenden. Die Einrichtung, die in amerikanischen Städten bereits pekuniäre Erfolge erzielt hat, ist derart gedacht, daß das Publikum gegen Erlegung eines Pfandes von zwei Mark einen Schirm erhält und auf einer Karte Namen, Stand und Wohnung ausfüllt. Daraufhin wird der Schirm am nächsten Tage abgeholt und die Leihgebühr von zehn deutschen Reichspfennigen bei Wiedererstattung des Pfandes abgezogen. Es ist richtig, daß einem von diesem Institut keine seidenen Schirme mit silbernen Griffen präsentiert werden, aber der massive Baumwollknicker, den ich mir pumpte, erfüllte seinen Zweck vollkommen. Trotzdem die Spezies des zerstreuten Professors, wie ihn die „Fliegenden Blätter" immer noch zu schildern belieben, bereits legendär geworden ist, dürfte der Unternehmer sich in der Hoffnung auf Gewinn nicht getäuscht haben. Er ist dem wagemutigen Manne zu gönnen, so wenig sympathisch auch ein Geschäft erscheint, das auf schlechtes Wetter spekuliert.

Von der Ungunst der Witterung profitiert auch die Allgemeine Photographische Ausstellung im Abgeordnetenhause, die eine ungewöhnlich starke Besucherschar anlockt. Vor zehn Jahren hat der „Verein zur Förderung der Photographie" seine erste Ausstellung im damaligen alten Reichstagsgebäude eröffnet — seitdem, welch ein ungeheurer Fortschritt in der Technik und artistischen Vervollkommnung der Lichtbildkunst! Keine der vorausgegangenen Ausstellungen hat eine solche Fülle des Materials geboten, keine derart die eminente Wichtigkeit der Photographie für Wissenschaft, Technik, Architektur gezeigt, wie die diesjährige. Gegen 1600 Nummern enthält der Katalog, aber da sich unter einer Nummer vielfach ganze Kollektionen in- und ausländischer Vereine befinden, so geht die Gesamtzahl der ausgestellten Photographien in die Tausende. Die Abteilung „künstlerische Photographie", die größte der zehn Gruppen, enthält allein über tausend Bilder; durchweg Erzeugnisse, die von hohen technischen Leistungen und gutem künstlerischem Geschmack zeugen. Man sieht entzückende landschaftliche und Genre-Darstellungen und ausgezeichnete Porträts. Viel umstanden wird das Bild des holsteinischen Dichterpastors Gustav Frenssen von dem Hamburger Meister Dührkoop. In allen Kopiermethoden sind die Bilder wiedergegeben, man sieht neben dem alten Albuminpapier das Bromsilber-, Platin- und Kohlepapier, vor allem aber den dankbaren Gummidruck in allen Varianten.

In der wissenschaftlichen Gruppe glänzen zwei Aussteller! Das Astrophysikalische Observatorium in Potsdam mit hochinteressanten Aufnahmen der Sonne, des Mondes und der verschiedensten Himmelserscheinungen, und die Königliche Gendarmerieschule zu Wohlau mit einer reichhaltigen Sammlung von Photographien aus der Justizpflege, Verbrechertypen, Mordinstrumenten und Diebeswerkzeugen. Die Fürstenhalle im ersten Stockwerk löst patriotische Gefühle aus; ehrfurchtsvoll beguckt man die photographischen Erzeugnisse des Kronprinzlichen Paares, der Großherzoginnen von Mecklenburg-Schwerin und von Oldenburg, des Prinzen Karl von Hohenzollern und — des Prinzgemahls von Holland. Der Gatte der Königin Wilhelmina füllt seine Stunden, die wohl nur aus Mußestunden bestehen, erfolgreich als Amateur aus.

Die Ausstellung, eine echte Kunstausstellung, die sich unseren beiden anderen würdig anreiht, wird bis zum Oktober währen. Der Fremde sollte sie ebenso eingehend betrachten und ernst nehmen, wie jede andere Sehenswürdigkeit, die im Baedecker ihren Stern hat.

Ob unser Haupttelegraphenamt in der Französischenstraße, dessen Besichtigung stets erlaubt ist, sich eines solchen auszeichnenden Sternes erfreut, ist mir unbekannt; jedenfalls verdient es ihn. Diese Zentrale der Welttelegraphie — die Drähte aus allen Teilen der Erde laufen dort zusammen — konnte das Jubiläum des dreißigjährigen Bestehens feiern; in ihren Räumen, die eine Fläche von elftausend Quadratmetern umfassen, sind zweitausend Beamte beschäftigt. Das Amt, dem fast fünfhundert Leitungen zur Verfügung stehen, hat im vergangenen Jahre zwanzig Millionen Telegramme abgefertigt; das sind fünfmal so viel, als dreißig Jahre zuvor. Diese nüchterne Statistik redet eine blühende Sprache. Sie erzählt von dem gewaltigen Aufschwung, den in dieser Epoche Handel, Industrie und Verkehr genommen haben, sie beweist, welch machtvollen Faktor unsere Hauptstadt im internationalen Leben bildet.

Und eine andere Statistik, die den Berliner noch näher angeht, weiß zu melden, daß sich das Gesamtvermögen der Stadt Berlin jetzt auf 665 Millionen Mark beläuft. Das macht auf den Kopf des Spreeatheners einen Betrag von 350 M., dem allerdings 170 M. Schulden entgegenstehen. Berlin befindet sich also immerhin in einer recht günstigen Vermögenslage, ungeachtet der schlechten Zeiten und des vielen Geldes, das es für Einzugsfeierlichkeiten, Festessen und ähnliche Repräsentationsscherze ausgeben muß.

So freundliche Anerkennung die Verwaltung unserer Finanzen findet, so animos steht man dem Dezernenten für das städtische Gesundheitswesen gegenüber, der immer noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060724027/fragment/page=0001

vorbehalten bleiben, für die Staatsbeamten an Stelle der reichsgesetzlichen Versicherung eine entsprechende Unfallfürsorge eintreten zu lassen.

Polizeiliche Strafverfügungen gegen jugendliche Personen.

Nach § 1 des Gesetzes vom 23. April 1883 sind polizeiliche Strafverfügungen wegen Uebertretungen auch gegen Beschuldigte im Alter von 12 bis 18 Jahren zulässig. Bei Festsetzung der Geldstrafe hat die Polizeibehörde zugleich die für den Fall des Unvermögens an ihre Stelle tretende Haft zu bestimmen. Infolgedessen ereignet es sich, daß jugendliche, noch dem Kindesalter angehörige Personen bei Unbetreiblichkeit der Geldstrafe, selbst wegen geringfügiger Uebertretungen, mit Haft bestraft und dadurch einer schweren moralischen Gefährdung ausgesetzt werden. Um diesem Uebelstande vorzubeugen, werden die Polizeibehörden in einem Erlaß des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten zu Berlin darauf hingewiesen, gegen jugendliche Uebertreter bei dem Fehlen erschwerender Umstände das Strafmaß so zu wählen, daß die Geldstrafe bezahlt und die Umwandlung in Haft vermieden werden kann. Zu dem gleichen Zweck werde, auch bei der Festsetzung höherer Geldstrafen, begründeten Anträgen jugendlicher Personen auf Gestattung ratenweiser Zahlung möglichst entgegenzukommen event. ihnen nahezulegen sein, solche Ratenzahlungen zu wählen. Kann die Umwandlung der Geldstrafe und die Vollstreckung der Haftstrafe an sich nicht vermieden werden, so haben die Polizeibehörden zu erwägen, ob die besonderen Umstände es ausnahmsweise gestatten, an Allerhöchster Stelle den Erlaß der Strafe im Gnadenwege vorzuschlagen. Voraussetzung wird hierbei allerdings immer sein müssen, daß es sich nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Polizeibehörde nicht etwa um mangelnden guten Willen der Verpflichteten, sondern um tatsächliches Unvermögen handelt. Der Minister macht den Polizeibehörden zur besonderen Pflicht, in jedem einzelnen Falle auf das gewissenhafteste zu prüfen, ob Kinder, denen eine Uebertretung zur Last gelegt wird, bei Begehung der strafbaren Handlung die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht (§ 56 des Reichsstrafgesetzbuches) besessen haben. Wo die Polizeibehörde über diese Frage nach pflichtmäßiger Prüfung im Zweifel bleibt, ist von dem Erlasse polizeilicher Strafverfügungen Abstand zu nehmen, und bei der Uebersendung der Verhandlungen an die Königliche Staatsanwaltschaft ausdrücklich darauf hinzuweisen, inwieweit und aus welchen Gründen die Polizeibehörde die Voraussetzung des § 56 a. a. O. für vorliegend erachtet. Der Minister spricht das Vertrauen aus, daß es auf dem angegebenen Wege zu erreichen sein werde, diejenigen Fälle, in welchen jugendliche Personen und insbesondere Schulkinder auf Grund polizeilicher Strafverfügungen dem Gefängnisse zugeführt werden, für die Zukunft möglichst ganz auszuschließen.

Die koloniale Untersuchung.

Die „Hamb. Nachr." hatten dieser Tage von „einer Art Komitee" berichtet, in dem sich Herr Pöplau, der Bureauvorstand Wistuba und der „klerikale Journalist" Schwinn zusammengefunden hätten, um Herrn Erzberger mit Material zu versorgen. In Zuschriften an das „Berl. Tagebl." weisen die drei Herren heute die Kombinationen des Hamburger Blattes zurück. Im übrigen kann man diese Dinge um so eher auf sich beruhen lassen, als das Verfahren gegen Göz und Schneider nunmehr auch auf die Herren Pöplau und Wistuba ausgedehnt worden ist, und bei ihnen sowohl wie bei Schwinn Haussuchungen vorgenommen worden. Bei der Gelegenheit sollen auch Papiere, aber — wie das „B. T." versichert — nur „höchst unwichtige", beschlagnahmt worden sein.

Amtsgeheimnisse.

Zu der Untersuchung gegen die Kolonialbeamten Göz und Schneider wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses veröffentlicht die Zeitung „Beamtenwohl", ein Nachrichtenblatt für Reichs-, Staats-, Gemeindebeamte und Lehrer, das von Beamten und Lehrern im Interesse der Berliner Beamten und Lehrer begründet worden ist, einen Artikel, in dem erörtert wird, wie Verletzungen von Amtsgeheimnissen zu erklären sind; ob man in besonderen Fällen für Zulassung mildernder Umstände plädieren dürfe und wie sich derartige Vorkommnisse verhindern ließen. Beamte, die bei Verletzung der Amtsverschwiegenheit aus Eigennutz handelten, werde niemand in Schutz nehmen. Das Gleiche gelte von Beamten, die militärische Geheimnisse verraten und Landesverrat begingen. Es gebe Fälle, in denen eine Verletzung der Amtsverschwiegenheit erklärlich oder milde zu beurteilen sei. Unter Umständen könnte ein Beamter aus Pflichtgefühl sich der Verletzung des Amtsgeheimnisses schuldig machen; denn unter 50 Beamten gebe es wohl kaum 10, die in ihrer Laufbahn nicht gelegentlich mal still oder laut den Wunsch hegten: das müßte die Oberrechnungskammer wissen! Die etatsrechtlichen Verstöße seien nämlich, so wird in dem Artikel behauptet, in jeder Beziehung im Wachsen. Das ergebe sich auch aus den Verhandlungen im Abgeordnetenhause und Reichstag. Zur Erklärung dieser Tatsache heißt es in dem Artikel:

„Uns will scheinen, als ob die leitenden Beamten der neueren Zeit es vielfach als Zeichen einer rückständigen Anschauung betrachten, wenn sich Untergebene in „preußischer Tradition" streng an etatsrechtliche Bestimmungen und die sonst gegebenen Vorschriften halten, daß dieselben Vorgesetzten es als „subalternen Geist" ansehen, wenn sich Untergebene ihren mehr oder weniger loxen Anschauungen entgegensetzen. Entgegensehen? Ja, auch das kommt vor, bekommt aber nicht immer gut. Ganz schweigen? Nein, das will man auch nicht. Man ballt die Faust in der Tasche und rösonniert. Schimpft so lange von Kollegen zu Kollegen, bis schließlich die Sache, oft dazu noch Personen, die der Amtsdisziplin gar nicht unterstehen, in die Oeffentlichkeit dringt und der „amtliche Vertrauensbruch" fertig ist. Nun ist der Hallob groß und über der „Enthüllung" wird zumeist die sachliche Bedeutung derselben vorläufig ganz außer acht gelassen und nur gegen die „pflichtvergessenen Beamten" gewettert, die nicht mundbicht gewesen sind. Wozu aber Enthüllungen? Man zeige doch die Sache dienstlich an! Ja, wem? Dem nächsten Vorgesetzten! Wenn dieser aber selbst der Mitschuldige ist und die Gewalt in der Hand hat? Freilich sollte man ja auch dann noch nicht den Dienstweg verlassen. Man versetze sich aber in die Lage eines Beamten, der da sieht, daß Dinge unghörliger Art vor sich gehen, der bei direkter Anzeige nach seiner Meinung für sich selbst schweren Schaden zu gewärtigen hat und sich dazu nicht einmal eine Beseitigung der Ungehörigkeiten verspricht. Kann man sich wundern, wenn ein solcher Beamter, der machtlos die pflichtwidrigen Handlungen ansehen muß, den darüber sittlichen Entrüstung packt, das kleinere Unrecht wählt, um größeres seinem Eide gemäß „aufs sorgfältigste zu verhüten"? Wird man einem solchen Beamten nicht mildernde Umstände bewilligen können und müssen?"

Diese Frage wird bejaht, und zur Vermiderung der Fälle der Verletzung des Amtsgeheimnisses in erster Reihe Rückkehr zu dem bewährten alten Grundsatz empfohlen: Etatsrechtliche Bestimmungen dürfen ebensowenig verletzt werden, wie irgend ein anderes Gesetz, und die Gesetze sind für jedermann gegeben! Mancher Beamte der neueren Zeit scheint in dieser Beziehung nicht mehr auf der Höhe zu stehen, wie die Männer der alten Schule. Schließlich wird lebhaft geklagt über das Verhältnis, das zwischen Vorgesetzten und Untergebenen herrsche. Heute komme ein sehr großer Teil der Vorgesetzten mit den Untergebenen kaum dienstlich in persönliche Berührung und man suche vergeblich individuelle Behandlung. Ein Teil der Vorgesetzten unterschätze ständig die Arbeiten der Untergebenen. Mancher Vorgesetzte suche dann durch äußeren Schneid seinen Mangel an Verständnis für die Arbeiten anderer zu verhüllen und übersehe dabei, wie er dadurch oft Anlaß gebe, daß gegen ihn im stillen Material gesammelt werde, das bei passender Gelegenheit Verwendung findet. Schön sei solcher Sammeleifer ja keineswegs, das Gefühl der Notwehr aber erzeugt ihn nicht selten. Ferner wird über den großen Uebelstand geklagt, daß gar zu viele Sachen als „geheim" oder „vertraulich" bezeichnet werden. In dieser Bezeichnung übertreiben viele Beamte ebenso wie mit dem Zusatze: „Eilt!" Jeder Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamte hat im allgemeinen so viel Arbeit, daß er wenig Bedürfnis fühlt, sich mehr als nötig mit den Dienstsachen zu befassen. Anders aber, wenn ihm „geheime" oder „vertrauliche" Sachen zu Gesicht kommen. Solche Sachen reizen, man muß sie lesen und es ist menschlich erklärlich, daß über solche Sachen auch „vertraulich" weiter und immer weiter geplaudert wird. Darum Einschränkung der Geheimnisträmerei! Absoluteste Oeffentlichkeit in allen Fragen, für die man nach außen hin Rechenschaft schuldig ist! Wenn aber Mißstände durch Verletzung der Amtsverschwiegenheit aufgedeckt sind, dann hänge man nicht nur die kleinen Beamten, die aus der Schule geplaudert haben, sondern verfüge eine viel höhere Strafe gegen diejenigen Beamten, die durch ihr ordnungswidriges Handeln ihre Untergebenen zu dieser Pflichtverletzung geradezu verleitet haben!

§ 270 des Strafgesetzbuches.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag hat sich in einem Gutachten an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe für die Aufhebung des § 270 des preußischen Strafgesetzbuches ausgesprochen. Dieser bedroht die zur Erlangung günstigerer Preise getroffenen Verabredungen der Käufer und Submittenten bei Versteigerungen und Verdingungen, die von öffentlichen Behörden oder Beamten vorgenommen werden, mit Geldstrafen bis zu 300 Taler oder bis zu 6 Monaten Gefängnis. Dadurch treffe er, wie das Gutachten ausführt, das Handwerk im Gegensatz zur Industrie besonders schwer, da er deren langfristige Preisfestsetzungen durch Kartelle und Syndikate nicht erfasse. Er verhindere auch, daß mehrere Handwerker zur Erlangung größerer Aufträge gemeinsam submittieren und so mit dem Generalunternehmertum wirksam konkurrieren können. Wie den Arbeitnehmern Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ausdrücklich gestattet wären, müßte auch in jedem Falle den Arbeitgebern erlaubt sein, zur Erlangung günstiger Absatzbedingungen für ihre Produkte zusammenzutreten. Endlich weist das Gutachten noch auf den Widerspruch zwischen dem genannten § 270 und der Entscheidung des Reichsgerichts hin, die Preisverabredungen bei Submissionen als mit den guten Sitten in Einklang stehend bezeichnet. Der § 270 enthalte somit eine heute veraltete Bestimmung, deren Aufhebung eine Verbesserung des öffentlichen Submissionswesens bedeute. Da tatsächlich gerade auf dem Gebiete des Submissionswesens große Uebelstände herrschen, so läßt sich im Interesse der Förderung des Handwerks über den gemachten Vorschlag wohl reden. Zu verkennen ist indessen nicht, daß bei Erfüllung der geäußerten Wünsche zum Schaden der Auftraggeber Mißbrauch getrieben werden kann. In dieser Hinsicht ist die Berufung auf Kartelle und Syndikate keine allzu glückliche, weil die Allgemeinheit gerade bei diesen in bezug auf Preistreibereien schon die trübsten Erfahrungen gemacht hat.

Der politische Massenstreik.

Eine von etwa 1500 Teilnehmern besuchte Leipziger Gewerkschafts-Versammlung nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„Die Kämpfe zwischen der herrschenden Gesellschaft und dem Proletariat verschärfen sich zusehends, so daß das im politischen Massenstreik durch die Beschlüsse des Internationalen Kongresses in Amsterdam und des Parteitages in Jena anerkannte Kampfmittel nach wie vor dem Waffenarsenal des Proletariats einverleibt zu bleiben hat und propagiert werden muß. Die Versammlung verurteilt deshalb alle Versuche, dieses Kampfmittel anders als auf dem legalen Wege der Beschlußfassung der internationalen Kongresse wie der nationalen Parteitage auszuschalten und diese Kongreßbeschlüsse aufzuheben. Die Versammlung verlangt, daß der Inhalt des Protokolls der Gewerkschaftsvorstände-Konferenz im Februar d. Js. in Berlin der Arbeiterschaft zugänglich gemacht werde."

Verwaltung und Rechtspflege.

— Die internationale kriminalistische Vereinigung hat soeben das von ihr herausgegebene Sammelwerk kritischer Besprechungen der von der Kommission für die Reform der Strafprozesse gemachten Vorschläge veröffentlicht. Sie werden den im September in Frankfurt a. M. beginnenden mündlichen Verhandlungen der Vereinigung als Grundlage dienen und für den Fortgang der Reformarbeiten sicherlich von großer Bedeutung sein.

— Die Gleichstellung der Gerichtssekretäre mit den Sekretären der anderen staatlichen Verwaltungen wurde bekanntlich vom Abgeordnetenhause mit großer Majorität beschlossen. Die Staatsregierung, die dem Beschlusse in vollem Umfange nicht zustimmen konnte, will den Wünschen der genannten Beamtenkategorie in der Weise nachkommen, daß in dem Etat pro 1907 ungefähr 2000 „gehobene Stellen" eingerichtet werden, womit für stark ein Drittel der Sekretäre eine Besserung des Höchstgehalts von 3800 auf 4200 Mark verbunden ist. In Frage kommen für diese neuen Stellen zuerst die Obersekretäre, Rendanten, Kontrolleure usw. Den hiergegen von mehreren Abgeordneten geltend gemachten Bedenken hat der Justizminister geantwortet, daß lediglich das Dienstalter entscheidet werde. Es wird also jedem Sekretär mit entsprechendem Dienstalter eine gehobene Stelle und das höhere Gehalt zuteil werden. In Fortfall kommen dann die bisher etwa gewährten Remunerationen und Funktionszulagen.

Parteinachrichten.

— Dr. Max Jänecke, der Herausgeber des „Hannoverschen Courier", erklärt mit vollem Nachdruck die Meldung für unrichtig, daß er als nationalliberaler Kandidat im Sattlerschen Wahlkreis in Aussicht genommen sei. Er hege weder den Wunsch, in jenem Wahlkreise zu kandidieren, noch habe er auch eine solche Absicht irgend jemand gegenüber kundgegeben. In den Kreisen der nationalliberalen Parteileitung sei es zu einer Erörterung der Kandidatenfrage überhaupt noch nicht gekommen.

Volkswirtschaftliches.

— Ueber die Fideikommisse in Preußen entnehmen wir dem „Statistischen Jahrbuch" folgende Zahlen: Die größte Ausdehnung hatten die Fideikommisse in den Kreisen Wittgenstein mit 53 v. H., Hirschberg mit 35,6 v. H., Plön mit 47,7 v. H., Tost-Gleiwitz mit 35 v. H., Militsch mit 42,9 v. H., Ohlau-Nimptsch mit 32,6 v. H., Tarnowitz mit 41,8 v. H., Reichenbach mit 32,3 v. H., Pleß mit 41,8 v. H., Schmalkalden mit 32,3 v. H., Ahrweiler mit 40,6 v. H., Groß-Wartenberg mit 32,3 v. H. der Gesamtfläche. In allen übrigen Kreisen war der Anteil geringer als 30 v. H. Von den Regierungsbezirken gingen Stralsund mit 20,7, Oppeln mit 19,9, Stade mit 16,3 und Breslau mit 15,1 über den Satz von 10 v. H. hinaus, während die Bezirke Gumbinnen, Danzig, Hannover, Lüneburg, Stade, Trier und Aachen nicht zwei v. H. erreichten.

Heer und Flotte.

— Der erste moderne Streuminendampfer unserer Flotte läuft, so wird der „Köln. Ztg." aus Kiel geschrieben, am 18. August auf der Weserwerft vom Stapel und erhält auf kaiserlichen Befehl den Namen „Nautilus". Der „Nautilus" ist das Ergebnis der Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges, dem wir eine völlige Umgestaltung des Minenwesens verdanken. Der Neubau gleicht mehr einem Handelsdampfer als einem Kriegsschiff und erhält eine starke Auttotorpedobewaffnung, für deren Beschaffung 500,000 Mark ausgeworfen sind. Die Besatzung wird 7 Offiziere und 201 Mann zählen. Das Schiff hat in der Wasserlinie eine Eisverstärkung, so daß es auch im Winter seine Tätigkeit im Minenlegen ausführen kann. Der „Nautilus" ist ungeschützt und besitzt eine Torpedobewaffnung. Die Minenarmierung erfordert 640,000 Mark. Da der „Nautilus" vorwiegend in den Küstengewässern seinen Dienst ausführen wird, ist der Tiefgang gering. Der Reichstag hat in seiner letzten Tagung einen zweiten Minendampfer bewilligt, der im nächsten Jahre den unmodernen, als Transportschiff gebauten „Pelikan" ablösen wird.

Kirche und Konfession.

— In Süddeutschland überwiegt bekanntlich der Katholizismus bedeutend; in Bayern, Baden und Elsaß-Lothringen ist die Bevölkerung zu zwei Dritteln bis über drei Vierteln katholisch, nur in Württemberg sind die Protestanten in der Mehrzahl. Für die bayerische Hauptstadt München hat jetzt nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 das Statistische Amt der Stadt die Ausscheidung nach Bekenntnisgruppen vollendet. Gezählt wurden 449,211 Katholiken (83,3 Prozent gegen 83,7 Prozent im Jahre 1900), 76,090 Protestanten (14,1 Prozent gegen 13,7 Prozent), 10,056 Israeliten (1,9 Prozent gegen 1,8 Prozent), 3626 Sonstige (0,7 Proz. gegen 0,8 Proz.).

VI. Christlicher Gewerkschaftskongreß.

Hg. Breslau, 28. Juli.

Im großen Saale des St. Vincenzhauses trat heute unter starker Beteiligung der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu seiner 6. Tagung zusammen. Unter den Anwesenden bemerkt man Vertreter des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten, des Polizeipräsidenten und des Magistrats der Stadt Breslau. Als Gäste wohnten u. a. Professor Werner Sombart, Lic. Mumm-Berlin und Redakteur Umbreit-Berlin von den freien Gewerkschaften den Verhandlungen bei. Alle christlichen Arbeiterführer sind anwesend. Die christlichen Gewerkschaftsarbeiterinnen haben ihrer Vertreterinnen entsandt. In der vorausgegangenen Begrüßungsfeier sprach u. a.

Professor Sombart,

der es als ein großes Unglück bezeichnete, daß die Arbeiterschaft in mehrere Richtungen gespalten sei. Die Arbeiter sollten zunächst ihre Interessen, die sie als Klasse haben, vertreten und sich davon nicht durch die verschiedenen politischen oder religiösen Ansichten hindern lassen. Eine christlich-nationale Arbeiterorganisation an sich sei ebenso naturwidrig, wie es etwa eine christlich-nationale Handelskammer sei. (Beifall und Widerspruch.) Das Hineintragen von Dingen in die Gewerkschaftsbewegung

---

nicht Stellung zu den Klagen genommen, die ein großer Teil unserer Mitbürger laut und eindringlich führt. Im Osten der Stadt, in der Elbenaerstraße, an den Vorort Lichtenberg grenzend, befindet sich ein gewaltiger Komplex von Gebäuden, der Zentralviehhof. Diese nützliche Anstalt, die der Wohlfahrt der Bürger geweiht ist, denn sie umfaßt auch die Fleischbeschau und das Trichinen-Untersuchungsamt, hat in letzter Zeit die Bewohner des Ostens durch ihre pestilenzialischen Gerüche rebellisch gemacht. Die lieblichen Düfte entstammen dem unvertrockneten Blut, das die auf dem Schlachthof errichtete Peptonfabrik (Kraftfutter) verarbeitet, deren Besitzer einen bis zum Jahre 1915 laufenden Kontrakt mit der Stadtverwaltung abgeschlossen haben. Das Blut der geschlachteten Tiere schreit zwar nicht zum Himmel, aber es verdampft zur größeren Hälfte und die Dämpfe treiben über das angrenzende Stadtviertel. Die Mieter der verpesteten Gegend führen bewegliche Klage; sie können die Fenster nicht öffnen, die Balkons nicht benutzen, kurz, es ist eine Kalamität. Einzelne Damen sind sogar erkrankt. Vergebens hat man sowohl bei der Stadtverwaltung als auch beim Polizeipräsidium um Abhilfe gebeten. Da taten sich Mieter und Wirte, deren Häuser entwertet sind, zu einem großen Protestmeeting zusammen. Mit dem tiefsten Bedauern, daß auf alle Eingaben und Beschwerden an die zuständigen Behörden nicht das Geringste geschehen sei, wurde die Drohung verbunden, daß, wenn der Magistrat keine Abhilfe schaffe, sämtliche unbesoldeten Kommunalbeamten des Ostens ihre Aemter niederlegen würden. Eine etwas ungewöhnliche Resolution, die allerdings durch ungewöhnliche Umstände verursacht worden ist.

Man ist gespannt, ob der energische Protest den Magistrat aus seiner olympischen Ruhe aufrütteln wird; den armen Magistrat, auf den nun auch noch die verehrlichen Droschkenkutscher mit starken Vorwürfen einstürmen. Wir sollen einen neuen Droschken-Tarif bekommen. Der Magistrat will die bisherige Grundtaxe von 50 Pfennig für Pferdedroschken auf 70 Pfennig und für elektrische Droschken auf 80 Pfennig erhöhen. Dagegen soll die Taxe für die übel duftenden Benzindroschken auf 50 Pfennig bestehen bleiben, um diese unangenehmen Droschken pekuniär zu treffen und ihnen womöglich den Garaus zu machen. Die Idee, von der der Magistrat ausging, ist so übel nicht. Der entsetzliche Benzingeruch, der den Vehikeln entströmt, wird nachgerade unerträglich. Die Berliner Luft, die ohnehin wenig Ozon enthält und von Staub, Fabrikqualm, Asphaltdunst geschwängert ist, wird durch die Benzinmischung verpeinigend und widerwärtig. Aber der Magistrat schlägt einen falschen Weg ein, denn anstatt die Benzindroschken durch die niedrige Grundtaxe zu schädigen, wird er ihnen die meisten Fahrgäste zuführen. Denn der Berliner sieht mehr auf billigen Preis, als auf gute Luft. Daher ist es nicht zu verwundern, daß die konkurrierenden Fuhrwerksbesitzer gegen den magistratlichen Tarif energisch Front machen. Fazit der Entrüstung: die übliche Protestversammlung.

Es ist zu erwarten, daß in ihr eine deutliche, nüchterne Sprache geredet wird, denn just die Berliner Droschkenkutscher sind keine Freunde von schmückendem Beiwerk. Das hat zu seinem Leidwesen der Polizeipräsident von Borries erfahren müssen. Zur Aufmunterung hatte er an Kutscher, deren Gefährte sich auf dem vorjährigen Coucours hippique in Westend durch besonders gute Beschaffenheit auszeichneten, Geldpreise und Brustschnüre verteilen lassen. Schmunzelnd steckten die Herren beides in die Tasche: das Geld und die Brustschnüre. Wodurch der Zweck der Dekoration natürlich verfehlt war. Nunmehr hat der Präsident in einem langen Erlaß über die Mißachtung der schönen Brustschnüre bittere Klage geführt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Kutscher die dekorative Auszeichnung anlegen werden. Anderenfalls würde es keine Geldpreise und Brustschnüre mehr geben.

Seit jener polizeilichen Kundgebung sind etliche Tage verflossen. Ich habe mich vergebens nach einem Droschkenkutscher mit Brustschnüren umgesehen . . .

Julius Knopf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060724027/fragment/page=0002

bewegung, die eigentlich nicht hineingehören, sei auf alle Fälle bedauerlich. Freilich tragen daran die christlichen Gewerkschaften nicht die Schuld. Trotz der Trennung der deutschen Arbeiter in mehrere Lager, die sogar soweit gediehen ist, daß der Arbeiter in dem Arbeiter der anderen Richtung einen größeren Feind als im Arbeitgeber erblickt, sollte man aber die Hoffnung auf

eine große, neutrale Arbeiterbewegung

nach englischem Muster nicht aufgeben. — Zu Vorsitzenden des Kongresses wurden gewählt Schiffer-Düsseldorf und Wiedeberg-Berlin, zu Schriftführern Kühne-Bochum und Wallbaum-Bielefeld.

An erster Stelle erstattete Generalsekretär Stegerwald-Köln den Bericht des Gesamtvorstandes. Nach ihm hat sich nicht nur die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften beträchtlich erhöht, sondern, was fast noch wichtiger ist, ihre Leistungsfähigkeit ist bedeutend verstärkt worden. Alle bedeutenderen christlichen Verbände erheben heute schon dieselben Beiträge wie ihre sozialdemokratischen Konkurrenzgenossenschaften. An Opferwilligkeit lassen sich die christlichen Gewerkschaftler von ihren sozialdemokratischen Kollegen nicht mehr übertreffen. In den wichtigsten Industriezentren, im rheinisch-westfälischen Industriebezirke wie auch im Saarrevier, können auf wirtschaftlichem Gebiete große wichtige Aktionen gegen oder ohne die christlichen Gewerkschaften nicht mehr unternommen werden; auch in Oberschlesien verfügten sie schon über die gleiche Position, wenn nicht der Kampf mit den katholischen Fachabteilungen die Kräfte zersplitterte und den Erfolg erschwerte. Doch auch dort geht es vorwärts. Die Sozialdemokratie befaßt sich heute ernsthafter denn je mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat dazu allen Grund. Was hilft ihr die Aufnahme des Generalstreiks in ihre politischen Kampfmittel, wenn sie insbesondere in den wichtigsten Industriezentren über einen bedeutenden Bruchteil der Arbeiter nicht verfügt? Die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 265,032 gegen 207,484 im Vorjahre. Die Gesamteinnahme belief sich auf 2,674,190 M. gegen 1,337,341 M. Sie hat sich also verdoppelt. Die Ausgaben stiegen in derselben Zeit von 1,094,643 M. auf 2,423,554 M., der Kassenbestand von 948,197 M. auf 1,523,214 M., was eine Erhöhung von 1,228,911 M. bezw. 575,017 M. bedeutet. Die Zahl

der Lohnbewegungen,

an denen die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre beteiligt waren, betrug 614; davon führten 316 mit 26,017 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung zu einer friedlichen Verständigung. 298 Lohnbewegungen mit 80,601 Beteiligten führten zu Streiks, davon treffen allein rund 60,000 auf den Streik der Ruhrbergleute. Erreicht wurden dadurch mindestens 2,5 bis 3 Millionen Mark Lohnaufbesserungen, wesentliche Arbeitszeitverkürzungen, bessere Behandlung usw.

Im Anschluß an diese Mitteilungen führte Generalsekretär Stegerwald an: Es mehren sich die Stimmen, die wie Geheimrat Kirdorf auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim sich dahin aussprechen, die christlichen Gewerkschaften seien

gefährlicher wie die sozialdemokratischen.

Darauf erwidern wir, daß wir als christliche Arbeiter dem Herrentum unter den Arbeitgebern allerdings vielfach gefährlicher sind als diejenigen, die mit der Revolution oder mit dem Massenstreik spielen. Denn diese liefern nur den Scharfmachern Wasser auf die Mühle. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind der Meinung, daß der Lohnarbeiterstand in der heutigen Gesellschaft nicht die Stellung einnimmt, die er seiner Bedeutung nach haben müßte. Deshalb kann es uns kein Mensch verübeln, wenn wir dafür kämpfen, dem Arbeiter seine Gleichberechtigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu verschaffen. (Lebhafter Beifall.) Nicht vorübergehen können wir ferner an der Rede, die

Handelsminister Delbrück

kürzlich im preußischen Herrenhause gehalten hat. Unsere Bewegung ist gewiß kein Kräuteln Rührmichnichtan. Wir gestehen jedem das Recht der freien Kritik zu. Aber wenn der Minister glaubte, uns taktische Ratschläge erteilen zu müssen, so sagen wir, daß er selbst ein recht schlechter Taktiker ist. Mit Recht können uns die Sozialdemokraten vorhalten, daß der preußische Minister uns in den Rücken gefallen ist, sie können sagen, daß die preußische Regierung nichts weiter ist als ein Komitee, das die Interessen der bestehenden Klassen wahrzunehmen hat. Und wenn die Sozialdemokraten diese Argumente in aufgeregte Massenversammlungen hineinwerfen, so verfehlen sie ihre Wirkung sicher nicht, mit der der Minister aber schwerlich einverstanden sein dürfte. (Heiterkeit und Beifall.) Auch die ausführenden Organe der Regierung bereiten uns häufig Schwierigkeiten. So hat man unseren italienischen Sekretär, der die italienischen Arbeiter organisieren und aufklären wollte, aus Preußen ausgewiesen, obwohl nicht das Geringste gegen ihn vorlag. (Hört, hört!) Als mit auch dem unbefriedigenden Ergebnis der preußischen Berggesetzgebung dadurch zur Selbsthilfe griffen, daß wir unseren Kriegsfonds zu stärken suchten, schrieb die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß sei eine Annäherung an die sozialdemokratische Bewegung! (Hört, hört!) Man sollte eine solche Verkennung der Tatsachen nicht für möglich halten. — Der Redner besprach dann

die neu geschaffenen Bergarbeiterausschüsse

mit denen die christlichen Gewerkschaften durchaus nicht zufrieden seien. Nichtsdestoweniger sei zu begrüßen, daß die Idee der Arbeiterausschüsse Aufnahme in die Gesetzgebung gefunden hat. Entschieden sei die Zurückziehung des Kontraktbruchgesetzes für landwirtschaftliche Arbeiter durch die Regierung. Redner schloß unter großem Beifall mit der Aufforderung, im Sinne des Verbandes weiter zu arbeiten.

In der Diskussion brachte als erster Redner Camps-Münster Polizei- und behördliche Schikane zur Sprache, die in der nordwestlichen Ecke des Reiches an der holländischen Grenze die christlichen Gewerkschaften sich gefallen lassen müßten. Ein Holländer, der 15 Jahre in Preußen unbehelligt wohnte, mußte

binnen zwei Stunden Preußen verlassen.

(Hört, hört!) Nicht einmal Abschied von seiner Familie durfte er nehmen. (Hört, hört!) Und was hatte der Mann verbrochen? Er stärke in unserem Auftrage die holländischen Arbeiter auf, nicht Lohndrücker zu spielen. (Hört, hört!) Angesichts solcher Vorkommnisse braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Sozialdemokratie fortgesetzt zunimmt. (Beifall.) Wieber-Duisburg: Der

Haß der Scharfmacher,

der Tille und Kirdorf, ehrt uns. Es wäre bedauerlich, wenn wir mit einer anderen Elle gemessen würden, wie die freien Gewerkschaften. Wir kämpfen eben energisch für alle Arbeiterrechte. Nur drohen wir nicht sofort, wenn uns zum Beispiel ein Minister betrügt, mit der Umkrempelung unserer vaterländischen oder königstreuen Gesinnung. (Sehr gut!) — Hasse-Posen wandte sich gegen die katholischen Fachverbände, die sich zu Streikbrecherdiensten hergegeben hätten. Die Frage der ausländischen Arbeiter werde immer brennender. Russische Lohndrücker, die doch revolutionär gesinnt seien, seien unter dem Schutze der Behörden bis nach Bremen transportiert worden. Sie brauchten nicht einmal einen Paß, während unsere Kollegen, die wir nach Lodz senden wollten, nicht über die Grenze gelassen wurden. — Behrens-Essen: Man weist ausländische Arbeiter, die in unserem Sinne arbeiten, als lästig aus, obwohl sie niemandem lästig fallen. Man wende dies Verfahren lieber bei den ausländischen Lohndrückern an, die den Hunderttausenden deutscher Arbeiter lästig fallen. — Kowalczyk-Posen: Bei uns wickeln sich die freien Gewerkschaften noch in den Mantel der Neutralität, die Christlichen sind als Polen verschrien und nur die „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine werden anerkannt. (Hört, hört!) Soll das anders werden, so ist die Anstellung weiterer Beamten notwendig. (Beifall.) — Klost-Essen: Es muß mehr sozialer Geist in die Verwaltungen und behördlichen Institutionen einziehen; die Arbeiter sollen mehr zur Mitarbeit herangezogen werden. Unserer Freude können wir darüber Ausdruck geben, daß ein Vertreter der Wissenschaft, wie Professor Sombart, die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften anerkannt hat. (Zustimmung.) — Becker-Hagen: In der Provinz Brandenburg hat ein Gutsbesitzer

Neger als Lohndrücker

angeworben. (Hört, hört!) Es wird nicht mehr lange dauern und wir bekommen die chinesischen Kulis ins Land. Wir müssen deshalb einen Schutz der deutschen Arbeiter gegen die Kulis des Auslandes fordern.

Brendel-Saarbrücken schilderte die feindliche Stellung der Behörden im Saarrevier gegen die christlichen Gewerkschaften. — Bergmann-München beklagte, daß die Tagespresse sich so wenig der Arbeiter annehme. — Janowski-Lage: Es ist in der Tat ein Skandal, wie wenig sich die Tagespresse der Arbeiter annimmt. Nur, wenn Reichstagsnachwahlen bevorstehen, gedenkt man der nationalen Arbeiter. (Sehr richtig!) Prof. Sombart hat gemeint, christliche Grundsätze hätten an sich in der Gewerkschaftsbewegung nichts zu suchen. Ich meine, den Wert des Christentums kann nur der beurteilen, der selbst aus dem Christentum hervorgegangen ist oder in ihm steht. Die Worte, Harnacks an den Evangelisch-sozialen Kongreß, die eine Empfehlung der christlichen Gewerkschaften bedeuten und widersprüchslos aufgenommen wurden, beweisen uns, daß

die Aera Naumann vorüber

ist. (Beifall.) — Darauf wurde die Diskussion geschlossen und der Geschäftsbericht genehmigt. Von den angenommenen Anträgen seien erwähnt: ein Antrag Freiburg i. B. auf Schaffung einer besseren Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften der Schweiz; ein Antrag Augsburg auf Schaffung neuer christlicher Verbände für Gemeindearbeiter, Barbiergehilfen usw., und ein Antrag Hamburg auf Herausgabe einer guten Agitationsbroschüre.

An zweiter Stelle beschäftigte sich der Kongreß mit der

Betätigung der christlichen Ortskartelle.

Der Referent Klost-Essen legte dazu eine Resolution vor, in der die Kartelle als sehr wichtige Institutionen für die gemeinsam zu ersteenden Interessen der christlich organisierten Arbeiter eines Ortes bezw. eines Bezirks bezeichnet werden. Als Aufgaben der Kartelle sind nach dem Referenten zu verstehen: eine planmäßige einheitliche Agitation, Erhaltung und Stärkung der bestehenden, sowie Gründung neuer Zahlstellen; taktische und organisatorische Maßnahmen bei Bewegungen; Organisation des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens; Vornahme wichtiger Statistiken und Pflege des Rechtsschutzes; Verkehr mit den gewerblichen Aufsichtsbeamten; gründliche Vorbereitung und Beteiligung an allen sozialen Wahlen; Betätigung auf den Gebiete der sozialen Kommunalpolitik; Bildung und Erziehung der angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder durch Einrichtung von Unterrichtskursen; Einrichtung von Lesezimmern und Vertrieb von geeigneten sozialen Schriften; Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden; die Tagespresse der Gesamtbewegung dienstbar zu machen 2c. Im Interesse einer einheitlichen Arbeit soll nach Möglichkeit die Bildung von Bezirkskartellen angestrebt werden, in deren Geltungsbereich an den einzelnen Orten Agitationskommissionen gebildet werden können.

In der Debatte wurden mehrere Einzelwünsche vorgebracht. Diese Anregungen wurden einer Kommission zur weiteren Erledigung überwiesen und dann die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Ausland.

Interparlamentarische Friedenskonferenz.

Die Konferenz wurde am Montag in London eröffnet. Man berichtet uns darüber: Am Vorstandstische haben Platz genommen die Lords Crewe, Tweedmouth, Carrington, der Kriegsminister Haldane, sowie der frühere amerikanische Präsidentschaftskandidat Bryan. Zum Vorsitzenden wurde Lord Weardale erwählt, der die Erschienenen und besonders unter großem Beifall die russischen Abgeordneten begrüßte und sagte, er hoffe zuversichtlich, daß der Tag erscheinen werde, wo es keinen Krieg mehr gebe, vor dessen Beginn nicht ein Schiedsgericht angerufen worden sei. Der englische Premierminister Campbell-Bannerman hieß als Chef des Ministeriums die Delegierten willkommen; er sei stolz darauf, daß er ihnen die Hand zum Willkommen bieten könne im Namen der Regierung, des Volkes und im Namen der „Mutter aller Parlamente"; er erklärte, der König habe ihn ermächtigt, die Versammlung seiner Anteilnahme zu versichern; die englische Regierung sei sich der Aufgabe der Konferenz bewußt und schließe sich der Konferenz rückhaltlos an. Das Friedenswerk sei erst in Angriff genommen, und schon hätte das allgemeine Verlangen nach Frieden Gestalt gewonnen; viel zu lange schon sei die Welt nichts als ein Kriegslager gewesen; besonders bewillkommne er die Abgesandten der russischen Duma. Er nehme auch die Gelegenheit wahr, des Zaren zu gedenken, der so viel zur Belebung des Friedensgedankens beigetragen habe; er könne wohl sagen, daß wenn auch die Duma gerade aufgelöst worden sei, sie doch von neuem ins Leben treten werde. Bannerman schloß mit dem Ruf: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma."

Campbell-Bannerman gab im Laufe seiner Rede noch der Hoffnung Ausdruck, daß der Gedanke der Schiedsgerichte schnell an Ausdehnung gewinnen werde, und erinnerte an die Beilegung der Doggerbankaffäre. Gleichwohl müsse zugegeben werden, daß Gewaltaten durch die Militärbudgets zu entscheiden seien, da sei rohe Gewalt das einzige Mittel einer Erledigung der Streitfragen. Die Worte des russischen Kaisers seien damals, als er die Haager Konferenz berief, ebenso zutreffend gewesen wie jetzt; er habe gesagt, die Hunderte von Millionen, die für Zerstörungsmaschinen ausgegeben würden, seien eine schwere Last; das treffe auch heute zu. Auf der einen Seite werde die Ansicht vertreten, daß Europa immer mehr dem Frieden geneigt werde, auf der anderen Seite fahre man mit Kriegsrüstungen fort. Ein derartiger Zustand tue der Würde der europäischen Staaten Abbruch und sei für zivilisierte Menschen erniedrigend. Niemand könne behaupten, daß der Erfolg dieser Rüstungen eine größere Sicherheit sei. Eine Gewaltat löse die andere Gewaltat, und eine Panik die andere aus: das Volk sei für den Frieden; es werde die Zeit kommen, in der sich die Demokratien klar darüber würden, daß sie ein Opfer des Militarismus sind, der ihre Entwickelung aufhält. Redner fuhr fort: Ich sehe eine Zeit kommen, wo die Abgesandten der verschiedenen Länder wieder im Haag versammelt sein werden. Ich wünsche Ihren Arbeiten den größten Erfolg; sagen Sie, wenn Sie nach Hause kommen, Ihren Regierungen, was mir einmal gesagt wurde: Taten sprechen deutlicher als Worte. Bestehen Sie im Namen der Menschlichkeit auf einer Herabsetzung der Kriegsbudgets.

Nach Campbell-Bannerman sprach Graf Apponyi. Er sagte, Campbell-Bannermans Rede sei ein geschichtliches Ereignis, weil sie eine direkte Botschaft König Eduards enthalten habe, der nicht gewartet habe, bis die Konferenz ihm ihre Ehrfurcht aussprach, sondern aus eigener Initiative dem Vorhaben der Konferenz seine vollste Sympathie und den Wunsch zu erkennen gegeben habe, sich an ihrem, die ganze Welt berührenden Werke zu beteiligen. Weiter hob Graf Apponyi rühmend hervor, daß der englische Premierminister eine Herabminderung der militärischen Lasten in Anregung gebracht habe. Sein Appell könne nicht fruchtlos bleiben, die Parlamente würden nicht umhin können, ihm zu folgen. Zum Schluß schlug Graf Apponyi vor, an König Eduard ein Telegramm zu senden, in dem ihm der tiefste Dank der Konferenz ausgesprochen wird, und dem englischen Parlament für seine Gastfreundschaft zu danken.

In der Nachmittagssitzung der Interparlamentarischen Friedenskonferenz wurde mit 40 gegen 39 Stimmen eine Resolution angenommen, welche verlangt, daß der Haager Konferenz bei ihrem Werk der Friedensstiftung dauernde Tätigkeit ermöglicht werden möge und die Mächte sich über periodischen Zusammentritt der Konferenz einigen sollten. Freiherr v. Plener (Oesterreich) warf einen Rückblick auf die Fortschritte des Schiedsgerichtsgedankens in Europa in den letzten Jahren und sagte, der im Jahre 1904 von Rußland mit Schweden und Norwegen abgeschlossene Schiedsvertrag sei das beste Muster für den internationalen Gebrauch. Bryan (Amerika) brachte einen von den deutschen Kongreßmitgliedern unterstützten Antrag ein, der besagt, wenn zwischen zwei Staaten ein Streitfall entsteht, der nach dem zwischen ihnen bestehenden Schiedsvertrag dem Schiedsspruche nicht unterliegt, so solle, ehe zur Kriegserklärung geschritten wird, die Frage dem Haager Schiedsgericht oder einem anderen unparteiischen Gericht unterbreitet werden. Ueber diesen Antrag wird heute beraten.

Oesterreich-Ungarn.

Der Pester ungarische Mühlenverein beriet gestern über den Ausstand der Mühlenarbeiter und beschloß, den Arbeitern mitzuteilen, die Mühlen seien genötigt, den Arbeitslohn für die Sonntagsarbeit um 50 Prozent zu erhöhen. Wenn die Arbeiter dieses Zugeständnis nicht annähmen, seien sämtliche Pester Mühlen gezwungen, ihren Betrieb am 25. Juli abends 6 Uhr vollständig einzustellen.

Triest und die Franzosen.

„Religion gut, Geographie schwach", pflegte man früher bei uns den Franzosen nachzusagen; das letztere wenigstens scheint heute noch der Fall zu sein. Jüngst wurde ihrerseits verschiedentlich Triest so ungefähr als Mittelmeerhafen des Deutschen Reiches hingestellt. Im Zusammenhang mit den Räubergeschichten, wonach Deutschland in Innerafrika gegen England und Frankreich wühle, verbreitete man aus Paris die Nachricht, die Deutschen suchten einen Weg von ihrer Kolonie Kamerun am Atlantischen Ozean durch die Sahara über Tripolis nach Triest. Die Verrücktheit dieser Erfindung erklimmt in Triest ihren Gipfel. Nun macht den Franzosen die eben erfolgte Eröffnung einer zweiten Eisenbahnverbindung mit Triest Schmerzen. In der Pariser Presse wird darauf hingewiesen, daß die neue Wocheiner- und Tauernbahn von großer Bedeutung für den internationalen Verkehr sei, der durch sie mehr nach dem europäischen Osten abgelenkt würde. Ein angesehenes Eisenbahnfachblatt, „Le Journal des Transports", betont unter der Spitzmarke „Von Berlin zur Adria", wie dieser Weg bedeutend abgekürzt werde, und nennt Triest „einen der Häfen des germanischen Handels im Mittelmeerbassin". Tatsächlich ist bisher der deutsche Handel über Triest verschwindend schwach gewesen und wird auch künftig kaum bedeutend wachsen. Denn trotz der jetzigen Abkürzung bleibt der Eisenbahnweg zu lang. Es gehört ja zu den politischen Phantasien der Franzosen, daß das Deutsche Reich auf die Auflösung Oesterreich-Ungarns und die Annektierung der deutschen Teile Oesterreichs spekuliere. Ueber die Torheit solcher Einbildungen braucht kein Wort verloren zu werden. Leider aber hat es überhaupt mit dem deutschen Charakter Triests schon vom nationalen Standpunkt schlechte Wege. Das Deutschtum dort ist von den Slowenen und noch viel mehr von den Italienern zurückgedrängt. Letztere werden in absehbarer Zeit die Errichtung einer italienischen Universität in Triest durchsetzen. Daß die Chauvinisten im Königreich Italien Triest und Trient für dieses reklamieren, ist eine alte Tatsache. Wirklich könnten sich die Franzosen bei einiger verständiger Ueberlegung darüber beruhigen, daß Triest nicht dem Deutschen Reiche zufallen oder allzu deutsch wird. Zu dem kürzlich deutschen Verkehr über Triest hat sich auch der österreichische Handelsminister von Derschatta, der deutschen Stammes ist, in allerbescheidenster Weise dahin ausgedrückt: Es sei vielleicht ein Zukunftsbild, aber es sei immerhin nicht völlig ausgeschlossen, daß auch ein Teil des deutschen Exports — und wenn es auch nur ein kleiner Bruchteil wäre — über die neuen österreichischen Bahnen dem Triester Hafen zugeleitet werden könnte.

Eine neue Note der Pforte.

In Beantwortung einer Anfrage betreffend die Erhöhung der türkischen Zölle erklärte Unterstaatssekretär Runciman gestern im englischen Unterhause, es sei von der Pforte eine neue Note an die Botschafter gerichtet worden; die englische Regierung sei jedoch nicht der Ansicht, daß sie den Bedingungen der Mächte entspreche.

Die Kretafrage.

Die Konsuln der vier Schutzmächte in Kanea haben eine Audienz beim Prinzen Georg nachgesucht, um ihm eine von den Regierungen jener Mächte vereinbarte Note zu überreichen.

Die russischen Wirren.

Ministerpräsident Stolypin.

Ueber den neuernannten Minister Stolypin erfährt das Wiener „Fremdenbl." aus Petersburg, er sei ingemein energisch und sehr intelligent, zwar konservativ, aber fortschrittlichen Gedanken nicht abgeneigt, und beurteile die Staatsbedürfnisse keineswegs vom Polizeistandpunkt aus.

Zur Lage.

Wie man der „Köln. Ztg." aus Petersburg mitteilt, verlautet, mit dem Entschluß, die Duma aufzulösen, sei in Peterhof der Wunsch verknüpft, die Volksvertretung mit ihren Pflichten und Rechten im Geiste der konstitutionellen Monarchie zu erhalten und im vollen Maße die bürgerlichen Freiheiten zu verwirklichen, die durch die kaiserliche Kundgebung vom 30. Oktober 1905 versprochen worden sind. Wie seltsam es auch scheint, so wird doch in Kabinettskreisen behauptet, daß die Erreichung dieses Zieles mit allen zu Gebote stehenden Mitteln angestrebt werden wird, selbst mit der Militärdiktatur (!), wenn sie angewendet werden sollte, falls der Beschluß des Kongresses der Arbeitervertreter in Moskau, den politischen Streik zu beginnen, zur Ausführung gelangt. Eine hervorragende Rolle bei den gegenwärtigen Entschließungen der Regierung spielt Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der die Kundgebung vom 30. Oktober 1905 durchsetzte und jetzt den Auflösungserlaß anregte. Als nächste Aufgabe stellt sich die Regierung die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts, auf dessen Grundlage auch die Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen. Der Reichsrat fährt fort, tätig zu sein, doch wird befürchtet, daß die von der Akademie und den Universitäten gewählten Reichsratsmitglieder — 12 Kadetten — ihre Mandate niederlegen und dadurch einige Verwicklungen entstehen.

Der Pariser Korrespondent der „N. Fr. Pr." meldet Aeußerungen des jetzt dort weilenden radikalen Dumamitgliedes Anikin, der sagte, die Bauern werden selbst eine neue Obrigkeit ernennen und Volksmilizen organisieren, um die Regierung zu stürzen, die sich einen liberalen Anschein geben, aber auf dem Wege der Militärdiktatur vorgehen wolle.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: i. V.: Albert Herling; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 19 Seiten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060724027/fragment/page=0003

Färberei Mauersberger,

Chemische Reinigungs-Anstalt
für Garderoben und Dekorationen jeder Art, Teppiche, Federn, Handschuhe etc.
Gardinen-Wäscherei und -Spannerei.
— Mechanisches Teppich-Klopfwerk. —
6 Filialen in Halle und diverse Annahmestellen.
Abholen und Rückliefern kostenfrei im Stadtgebiet.
Fernspr. 1248 u. 1252. Fabrik-Fernsprecher Ammendorf 20.

Friedrich Wilhelm

Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
BERLIN W. 64, Behrenstr. 59/61
Errichtet 1886.
Neue Anträge in 1905: 93½ Millionen Mark.

Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung

zu annähernd gleichem, vielfach — je nach Alter und Versicherungsdauer — sogar niedrigerem Preise als dem, der von leistungsfähigen Gesellschaften für die bisher übliche Versicherung mit ärztlicher Untersuchung verlangt wird.

Steigende Dividende.

Jährliche Steigerung, je nach der Prämienzahlungsdauer, voraussichtlich 3 bis
6%

Die Versicherung ist unverfallbar und unanfechtbar. Reisen und Aufenthalt unterliegen keinerlei Beschränkung. Kriegsversicherung ohne Extraprämie, auch für Berufssoldaten eingeschlossen.

Man versäume nicht, nähere Auskunft zu verlangen.

Bureau: **Halle, Meckelstr. 1.**

28000 Exemplare verkauft!

Soeben 29.—30. Tausend erschienen.

Der Umgang in und mit der Gesellschaft.

Von **Emil Rocco.**

9. durchgesehene und verbesserte Auflage.
Oktav, elegant ausgestattet. Fein gebunden 4 ℳ

Die **Vielseitigkeit des Inhalts** erzielt nachstehende Uebersicht; die **Form der Darstellung** ist von der Presse rühmend **anerkannt** worden.

Vorwort.

Allgemeines: Anstand. — Natürlichkeit und Unterordnung. — Vom Takt.

Persönliches: Die Haltung des Körpers. — Die äußere Erscheinung. — Die Toilette.

Aus der Gesellschaft: Der Besuch. — Einladungen. — Der Empfang. — Das Vorstellen. — Die Besuchskarte. — Vom Grüßen. — Die Unterhaltung. — Anredeformen. — Allgemeines über den Umgang mit Damen. — Winke zur Beherzigung für junge Mädchen. — Bei Tafel. — Der Ball. — Musikalische Vorträge. — Dramatische Aufführungen. — Lebende Bilder. — Maskenball.

Aus der Familie: Geburt und Taufe. — Die Konfirmation. — Die Verlobung. — Der Polterabend. — Die Trauung. — Die Hochzeit. — Todesfall, Beerdigung, Trauer. — Logierbesuch, Trinkgelder, Dienstboten.

Aus der Oeffentlichkeit: Im Theater und Konzert. — Im Gasthaus, im Café. — Auf der Straße. — Ueber das Reisen. — Vom Rauchen.

Verschiedenes: Etwas über Geschenke. — Der briefliche Verkehr. — Ueber Etikette bei Hofe. — Allerlei Sport, Unterhaltungsspiele, Wetten. — Zur Geschichte des Tanzes. — Neue Gesellschaftstänze.

Ein vornehmes Handbuch des guten Tons!

Stimmen der Presse:

...Hoch erhaben über sämtlichen ähnlichen Büchern steht Roccos Umgang. .... Wir finden in demselben eine reiche Erfahrung und einen klaren, psychologisch geübten Blick für alles Unpassende und Unschöne im gesellschaftlichen Verkehr. Nicht nur jüngere Leser und Leserinnen, auch ältere Personen werden das munter, zum Teil humoristisch geschriebene Buch mit Vergnügen lesen." Bazar.

...Das Buch ist geschickt abgefaßt und unterrichtet in frischem, niemals belehrsamem Ton über gesellschaftliche Sitten. National-Zeitung.

...Ein geeignetes Lehrbuch ist Roccos Umgang in und mit der Gesellschaft. Es erzählt in anschaulicher Weise von den Umgangsformen in Gesellschaft, Familie und Oeffentlichkeit; ferner gibt es feinsinnige Ratschläge in Bezug auf Geschenke, Briefwechsel, Unterhaltung und gesellige Spiele. Deutsche Postzeitung.

Das Buch durchmustert die heutigen Umgangsformen der gebildeten Welt und beleuchtet sie in vornehmer Sprache zu zweckmäßiger Nutzanwendung.

Halle a. S. **Otto Hendel,** Verlagsbuchhandlung.

EMSER Kränchen-
Kessel-Kaiser-Victoria-Brunnen, **Pastillen,** natürliche **Quellsalze** gegen Katarrhe, Husten, Heiserkeit, Verschleimung etc. altbewährt — überall erhältlich.
Königliche Bade- u. Brunnen-Verwaltung, Ems.

Von morgen, Mittwoch, ab steht wieder ein großer Transport
prima bayr. Zugochsen
bei uns zum Verkauf.
Oberländer & Buchheim, Halle a/S., Delitzscherstr. 10 (Stallhof Hof).
Fernruf 1118.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**
Gastspiel des **„Metropol-Ensembles"**
Direktion: **Max Samst.**
Allabendlich
Völkerwanderung
um das sensationelle Sittenbild
„Verlorene Mädchen"
zu sehen.
Nur noch wenige Tage!

Auswärtige Theater.
Mittwoch den 25. Juli 1906.
Leipzig. Neues Theater: Farinelli.

Zool. Garten

Mittwoch, den 25. Juli
Grosses Instrumental- und Vokal-Konzert,
ausgeführt vom **Musik-Korps der 36er** und dem **Deutschen Männer-Doppel-Quartett**
(Opernsolisten erster Bühnen).
Anfang nachm. 4½ Uhr.
Ende gegen 10 Uhr.
Der Abendteil: Ein
Lieder-Abend.
Eintrittspreis:
Erw. 60 ₰. Kinder 30 Pfg.
Von abends 7 Uhr ab: pro Person 30 ₰.

Rothes
Gasthof Wörmlitz.

Jeden Mittwoch von 4—8 Uhr
Gr. Garten-Konzert
bei freiem Eintritt.

Kaufmännischer Turnverein
zu Halle (gegr. 1875).
Vereinslokal: Paradiesgarten (Ratswerder 3).
Turnübung
a. der Männer- und Jugend-Abteil. Mittwochs u. Sonnabends (Alters-Riege Mittwochs) von 8½ bis 10 Uhr abends in der Schulturnhalle Dreyhauptstr. Turnleiter: Kaufm. Kurt Bönicke, Göbenstraße 23, I.
b. der Damen-Abteilung Freitags von 7½ bis 9½ Uhr abends in der Turnhalle der Städtischen Höheren Mädchenschule, Unterberg. Turnlehrerin: Fräulein Marg. Seiß, Kurfürstenstraße 80.
Anmeldungen werden auf dem Turnboden, sowie in den Zigarren-Geschäften der Herren Max Müller, Leipzigerstraße 84, und Robert Hoffrichter, Gütchenstraße 15, entgegengenommen.

Jahn'scher Turnverein.
Turnübung
jeden Dienstag u. Freitag abds. von 8—10 Uhr in der Turnhalle der Mittelschule, Torstraße.
Anmeldungen werden in der Turnhalle u. Sonnabend abds. im Vereinslokal „Zum Herzog", Gr. Ulrichstr. 55, entgegengenommen.
Der Vorstand.

Turnverein „Guts Muths."
Mittwoch u. Sonnabend Abends 8—10 Uhr
Turnübung
f. Mitglieder u. Zugendturner in der Turnhalle der städt. Volksschule in der Liebenauerstraße
Anmeldungen werden im Vereinslokal „Rathsküche", Wörmlitzerstraße, sowie im Turnraume entgegen genommen.
Der Vorstand.

Bilz Dresden-Radebeul.
Sanatorium „Schloß Lößnitz"
3 Aerzte. Gute Heilerfolge. Prospekt frei.
Herrliche Lage im „Sächsischen Rigi".
Bilz öffentliches Licht-Luft-Bad
im Lößnitzgrund, 245000 qm groß.
Bilz Naturheilbuch, 1½ Million verkauft.

Solide Familien
erhalten sämtl. Wäschearticel, Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche 2c. in nur reeller Ware auf Teilzahlung bei
Fr. Gronau, Barfüßerstr. 16.

Seebäder-Dienst der Hamburg-Amerika Linie
Von **Hamburg** nach den **Nordseebädern** ....
tägliche Fahrten
des neuen Turbinen Schnelldampfers **„Kaiser"** und der Salon Schnelldampfer **„Cobra" „Prinzessin Heinrich" „Silvana"**
Tagesschnellzug Verbindung Berlin-Magdeburg-Hamburg - Cuxhaven - Nordseebäder unverändert
Direkte Fahrkarten — Fahrpläne auf allen grösseren Eisenbahnstationen
sowie beim Seebäder-Dienst der Hamburg-Amerika Linie
Hamburg IX Johannisbollwerk 10.
Näh. b.: **Otto Hendels Buchh.,** Markt 24, **Georg Schultze,** Bernbg. Str. 32.
Rundfahrkartenbureau, Hauptbahnhof.

Von **HAMBURG** nach
MADEIRA
und den
Canarischen Inseln
Schöne Seereise
mit den erstklassigen Post- und Passagierdampfern der
Woermann-Linie
Rückfahrscheine I. Klasse ℳ 400.— einschliesslich Verpflegung
Regelmässige Postdampfer-Verbindungen nach
West- und Südwest-Afrika
Ausführliche Prospekte durch die
Woermann-Linie, Hamburg, Afrikahaus.

Spielplan des Harzer Bergtheaters.
Mittwoch, 25. Juli, abends 7 Uhr: Körnerabend: „Der Vetter aus Bremen". „Der Nachtwächter".

Süssmilchs Walhalla-Theater.

Neu! **Neu!**
Spezialitäten-Vorstellung.
Familien-Aufenthalt.
Eröffnung
1. September 1906.

Saalschloss-Brauerei.

Mittwoch, den 25. Juli, von nachm. 4 bis abends 11 Uhr
2 grosse Militärkonzerte,
ausgeführt von der Kapelle des 8. Westpreuß. Inf.-Regmts. Nr. 175.
Leitung: Kgl. Musikdir. Kolt.
Sehr gewähltes Programm.
Abends: Pracht-Illumination der Parkanlagen.
Eintritt 35 ₰ inkl. Steuer. — Karten giltig. **F. Winkler.**

Paradies.

Täglich 2 Konzerte von 4—7 u. 8—11 Uhr des **Elite-Konzert-Orchesters, Dir. Ludmilla Gehrecke.**
Auftreten des **Konzert-Sängers August Schöne.**

Bad Suderode a. Harz.

Solbad und bewährter klimatischer Kurort.
Station der Eisenbahn Magdeburg—Quedlinburg—Aschersleben.
Vorzügliche Lage in einem schönen, geschützten, von allen Seiten fast geschlossenen Talkessel, unmittelbar am prachtvollsten Nadel- und Laubholzwalde. Mittelpunkt sämtlicher Partien des Unterharzes. Bewährte Solquelle. **Neuerbautes Badehaus** für Sol-, Fichten-, Dampf-, Fango-, Loh-, Tannin- und sämtl. med. Bäder, sowie für alle Prozeduren des Kaltwasser-Heilverfahrens. Elektrizität und Vibrations-Massage unter ärztlicher Leitung Gebirgsquellwasserleitung. Billige Preise. Apotheke am Orte. Badearzt: **Dr. Müller. Dr. Fackiam** (Sanatorium). Illustr. Prosp. gratis und Führer in Buchform a 50 Pf., sowie nähere Auskunft durch die **Badeverwaltung.**

Schreiberhau

710 Meter üb. d. Meere **Sanatorium Kurpark** Bahnst. Oberschreiberhau.
Herz- und Nervenheilstätte
Gute Heilerfolge bei Herz- und Nervenkranken, Erholungsbedürftigen, Rekonvaleszenten etc. Röntgendurchleuchtung Funktionelle Behandlung. Uebungstherapie Moderneste Einrichtungen Prosp frei. Spezialbehandlung von Tropenkrankheiten. Aerzte: Dr. med. F. Schmidt, Herzspezialist, Dr. med. Chr Rasch, Nervenarzt, früh. Anstaltsdirektor u. Chef-Arzt a. D.

Friedrichroda in Thüringen:
Grand Hôtel Herzog Ernst.
Moderner Komfort, Lift, elektr. Licht, Wasserspülung.
Telegr.-Adr.: **Grandhôtel.** Besitzer: **F. H. ZORN.**

Bad Harzburg.
Gebirgsluft-Kurort ersten Ranges mit 120 km. Waldpromenaden und 36,000 Fers. jährl. Frequenz. Bekanntes Solbad, natürl. Sole 6½ %. Krodo-(Kochsalz-)Trinkquelle in Wirkung ähnlich Kissingen, Homburg etc.
Illustr. Prospekt, Wohnungsverzeichnis m. allen Preisen, Ortsplan und Eisenbahn-Fahrplan kostenfrei vom Herzogl. Badekommissariat.

Braunlage Kurort 600 m. ü. d. M. i. Oberharz. Bahnstation.
Schwindsüchtige finden keine Aufnahme.
Illustrierte Führer u. jede Auskunft durch die Kurkommission.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060724027/fragment/page=0004